



Niederschrift

**über die Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Lutterbek (LUTTE/HA/05/2010)
vom 06.12.2010**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Gerald Gleue

Mitglieder

Herr Jürgen Brockmann

Herr Hermann Klinker

Herr Jürgen Stubbe

Herr Uwe Timm

Herr Jörg Willms

Herr Hans-Jürgen Woltmann

Protokollführer/in

Herr Manfred Aßmann

Abwesend:

Beginn: 19:32 Uhr
Ende 21:27 Uhr
Ort, Raum: 24235 Lutterbek, Am Dorfteich 1-3,
Dorfgemeinschaftshaus/Feuerwehrgerätehaus

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung, Ordnungsmäßigkeit, Beschlussfähigkeit, Bestimmung der Protokollführung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.09.2010
4. Stand Biogasanlage - Antrag der SPD Fraktion zur Beauftragung eines Rechtsbeistands
5. Weiteres Vorgehen AZV bezüglich Finanzausgleich
6. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2010 LUTTE/BV/019/2010
7. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2011 LUTTE/BV/020/2010

8. Sonstiges

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung, Ordnungsmäßigkeit, Beschlussfähigkeit, Bestimmung der Protokollführung

Der Vorsitzende Herr Gerald Gleue eröffnet die Sitzung um 19.02 Uhr und begrüßt die anwesenden Bürger, die Hauptausschussmitglieder und Herrn Aßmann vom Amt für die Protokollführung. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird unter TOP 4 behandelt. Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Einwohnerfragestunde

Herr Burmeister fragt nach dem Grund für den Verkauf eines Teilgrundstücks am Dorfteich.

Herr Vorsitzender Gleue erläutert, dass das Grundstück noch nicht verkauft sei, sondern eine Anfrage eines Bürgers vorliegt. Der Verkauf, so Herr Gleue, würde dem Wunsch des Bürgers entsprechen, könnte die Haushaltssituation entlasten und wäre dem dörflichen Erscheinungsbild nicht abträglich.

TO-Punkt 3: Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.09.2010

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.09.2010 gibt es keine Einwände.

TO-Punkt 4: Stand Biogasanlage / Antrag der SPD Fraktion zur Beauftragung eines Rechtssachverständigen

Der Vorsitzende Herr Gleue erklärt zunächst, dass der Kommentar von Frau G. Butzke in der Presse nicht sachgerecht und völlig überzogen ist.

Zum Sachstand erklärt er, dass bisher noch kein Bauantrag eingegangen ist, so dass es keinen neuen Sachstand oder neue Erkenntnisse gibt.

Weiter teilt er mit, dass der für die heutige Sitzung eingeladenen Leiter des Bauamtes vom Kreis Plön, Herr Baden, leider abgesagt hat. Hierzu verliest Herr Gleue die Absage:

„Sehr geehrte Frau Schönherr, nachdem sich nun die Landtagsabgeordnete Frau Langner wegen der Biogasanlage Lutterbek direkt an den Landrat gewandt hat, soll dieses Thema seitens des Kreises nur auf dieser höheren Ebene begleitet werden. Haben Sie bitte Verständnis, wenn ich meine Teilnahme an der GV-Sitzung Lutterbek am 06.12.2010 hiermit absage. ...“

Über den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Beauftragung eines Rechtssachverständigen wird beraten.

Herr Brockmann erklärt, dass ein Rechtssachverständiger aus Gemeindesicht Argumente einbringen kann, da der Gemeinderat das Projekt nicht in Gänze überblicken kann. Auch habe er gehört, dass sich in der Rechtsprechung zu Biogasanlagen eine Menge tut. Formal hat die Gemeinde, nachdem der Bauantrag eingereicht ist, nur 8 Wochen Zeit für eine Stellungnahme. Im Kreisgebiet sind bereits 29 Anlagen vorhanden, erklärt Herr Brockmann.

Herr Willms erklärt, dass der Kreis das gemeindliche Einvernehmen nur anfordert, wenn eine solche Anlage genehmigungsfähig ist. Ansonsten würden der Kreis bzw. das Amt das Einvernehmen erst gar nicht anfordern. Baurechtlich hat die Gemeinde keine Entscheidungskompetenz eine Biogasanlage zu versagen.

Herr Brockmann macht auf das Problem der landschaftlichen Veränderung aufmerksam. Auch sieht er in dem vorhandenen Genehmigungsverfahren Defizite hinsichtlich einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung.

Herr Willms zitiert aus dem Sonderrundschreiben des Kommunalen Schadenausgleich zum Bauverwaltungsrisiko der Landkreise, Städte und Gemeinden zum Begriff des gemeindlichen Einvernehmen:

„Alleiniger Prüfungsmaßstab für das gemeindliche Einvernehmen ist, ob das Vorhaben nach den planungsrechtlichen Vorschriften der §§ 31, 33, 34 und 35 BauGB zulässig ist. Die Erteilung oder die Versagung des Einvernehmens hat sich in diesen Fällen ausschließlich an den zwingenden rechtlichen Regelungen des Baugesetzbuches zu orientieren. Die Gemeinden haben keinen Ermessensspielraum. Nach § 36 Abs. 2 Satz 1 BauGB darf das Einvernehmen der Gemeinde nur aus den sich aus dem Gesetz ergebenden Gründen versagt werden.“

Herr Willms ergänzt, dass die Gemeinde im Nachgang den Klageweg beschreiten könnte.

Herr Bürgermeister Peters ergänzt, dass ein Einspruch gegen die Anlage durch jeden Bürger möglich ist.

Herr Peters weist auch auf das finanzielle Risiko im Rahmen der persönlichen Haftung bei Versagung des gemeindlichen Einvernehmens ohne Rechtsgrund hin.

Herr Brockmann erklärt nochmals, dass der Rechtsbeistand eine argumentative Stärkung bewirken soll.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Beauftragung eines Rechtssachverständigen

Stimmberechtigte:7			
Ja-Stimmen: 2	Nein-Stimmen: 5	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Damit ist der Antrag der SPD Fraktion abgelehnt.

Der Ausschuss äußert weiter den Wunsch, dass die Sachverständigen des Bauamtes des Amtes Probstei als auch des Kreisbauamtes zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung eingeladen werden, die, sobald der Bauantrag vorliegt, unverzüglich danach stattfinden soll.

Die Frage von Herrn Peters, ob für diesen Fall eine verkürzte Einladungsfrist gelte, wird einstimmig mit ja beantwortet.

Schließlich erklärt Herr Peters, dass ihm von unbekannter Seite Korruption im Amt vorgeworfen wird, weil er angeblich finanziell an der Biogasanlage beteiligt sei. Da eine Anzeige gegen Unbekannt wenig Aussicht auf Erfolg verspricht, sucht er mit Nachdruck den/die hierfür Verantwortlichen und erklärt, dass er Anzeige gegen die Person/en und sich selbst als Bürgermeister erstatten wird, um dies öffentlich klären zu lassen.

TO-Punkt 5: Weiteres Vorgehen AZV bezüglich Finanzausgleich

Herr Bürgermeister Peters berichtet von der heute, am 06.12.2010, stattgefundenen Vorstandssitzung des AZV. Der Vorstand hat beschlossen, eine Arbeitsgruppe aus 6 Personen einzurichten, um eine Strategie für die Zukunft des AZV festzulegen. Die Arbeitsgruppe wird aus jeweils 1 Vertreter aus der Selbstverwaltung und der Verwaltung der Ämter Probstei und Schrevenborn sowie 2 Vertretern aus dem AZV gebildet. Das Ziel ist, zu erarbeiten, wie ein Ausgleich der Gemeinden hergestellt werden kann und die Gebühren gleichzeitig im Rahmen bleiben können. Die Lösung soll dabei auch das Überleben des AZV für die Zukunft sicher stellen.

Herr Peters erklärt, dass man sich dennoch die Option auf einen Rechtsanwalt offen halten wird.

Es schließt sich eine Diskussion an, bei der einmütig die Zufriedenheit darüber geäußert wird, dass jetzt Bewegung in die Sache gekommen ist. Insbesondere die beharrliche Initiative von Herrn Bürgermeister Peters wird gelobt.

TO-Punkt 6: 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2010 Vorlage: LUTTE/BV/019/2010

Der vorliegende Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2010 beinhaltet im Verwaltungshaushalt Einnahmen in Höhe von 314.400 € und Ausgaben von 331.800 €. Das Haushaltsdefizit beträgt 17.400 €.

Der Vermögenshaushalt schließt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils 5.300 €.

Kreditaufnahmen sind in Höhe von 14.800 € vorgesehen.

Die Hebesätze für die Realsteuern werden unverändert festgesetzt auf:

Grundsteuer A	310 %
Grundsteuer B	310 %
Gewerbsteuer	330 %

Nähere Erläuterungen zum Nachtrag 2010 sind dem Vorbericht zu entnehmen, die Veränderungen werden besprochen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nach-

tragshaushaltsplan 2010 in der vorgelegten Fassung.

Stimmberechtigte:7			
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 7: Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2011
Vorlage: LUTTE/BV/020/2010

In der Anlage wird der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2011 zur Beratung vorgelegt.

Der Verwaltungshaushalt weist einen Sollfehlbetrag von 30.700 € aus. Es wird gebeten über weitere Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung zu beraten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf zur Kenntnis. Der Gemeindevertretung wird empfohlen den vorliegenden Haushaltsentwurf mit folgender Änderungen zu beschließen:

HHST 1300 58000 Sachkosten Feuerwehr HHAnsatz 2011 5600,- €

Stimmberechtigte: 7			
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 8: Sonstiges

Herr Vorsitzender Gleue erzählt, dass sich am 24.11.2010 die S-H Netz AG (E-ON Hanse) und die Stadtwerke Kiel in der Gemeinde vorgestellt haben. Beide haben Interesse am Konzessionsvertrag und möchten in der Gemeinde Lutterbek das Stromnetz betreiben. Der Vertrag läuft im Januar 2011 aus.

Unterlagen der beiden Interessenten werden an alle Hauptausschussmitglieder verteilt.

Herr Peters ergänzt, dass die E-ON bereits einen Vertragsentwurf eingereicht hat, den er aber noch einmal sorgfältig prüfen möchte, bevor er ihn an das Amt weiterleitet.

Ob die Stadtwerke Kiel tatsächlich als Netzbetreiber einsteigen werden, hängt noch von der Übergabe von Plänen über Leitungen und Altlasten im Gemeindegebiet ab. Diese muss E-ON als Rechtsnachfolger der Schleswig noch liefern.

Es schließt sich eine Diskussion über den Netzbetrieb und das Konzessionsrecht an.

Herr Woltmann erkundigt sich nach dem Einbau von Rauchmeldern im Dorfgemeinschaftshaus.

Herr Peters erklärt, er werde diese Ende des Jahres in einfacher Ausführung beschaffen, wobei 3 davon in der Mietwohnung eingebaut werden sollen.

Herr Woltmann erkundigt sich, ob der Bürgermeister auch zu einem Treffen der Umlandgemeinden bei der Stadt Kiel eingeladen war.

Herr Peters erklärt, dass nur Fördeanlieger eingeladen waren.

Gerald Gleue
- Vorsitzender -

Manfred Aßmann
- Protokollführer -

gesehen:
Sönke Körber
- Amtsdirektor -